

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Zentral-Blatt)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 88/84.

Berlin, Sonnabend, 24. April 1915.

Siebentundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Aus unseren Ortsverbänden. — Generalversammlung der Kranken- und Begräbnis-Zusatzklasse des Gewerksvereins der Maler und graphischen Berufe. — Durchhalten! Weiterbauen! — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- — Anzeigen.

## Aus unseren Ortsverbänden.

Es war vorauszu sehen, daß der Krieg hemmend auf das Leben in unsern Ortsverbänden einwirken würde. Das bestätigten auch die Jahresberichte, die von den Ortsverbandschreiftührern über die Tätigkeit an die Verbandsleitung eingekandt worden sind. Nicht nur ihre Zahl ist erheblich niedriger als in früheren Jahren, sondern auch der Inhalt besagt weniger. Deshalb hat der Zentralrat beschloffen, von der Veröffentlichung in bevorzogenen Beilagen in diesem Jahre abzusehen. Es soll nur in gedrängter Kürze eine Art Stimmungs bild aus den Berichten veröffentlicht werden.

Mit der Mobilmachung mußten viele Tausende unserer Kollegen zu den Fahnen eilen. Es entstanden dadurch große Lücken, und namentlich die Ortsverbandsversammlungen wiesen in den ersten Monaten des Krieges einen schwachen Besuch auf. Das Interesse der Menschen war eben auf andere Dinge gelenkt. Auch die anfängliche Arbeitslosigkeit trug mit zu dem schlechten Besuch bei. An manchen Orten verzichtete man in der ersten Bestürzung überhaupt auf die Veranstaltung von Ortsverbandsversammlungen, namentlich da auch viele Ausschlußmitglieder zu den Fahnen gerufen waren. Mit den Erfolgen unserer tapferen Truppen und der wachsenden Zuversicht auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes kam allmählich das Wirtschaftsleben wieder in Gang, und auch in der Arbeiterbewegung erwachte von neuem das Interesse für die Organisation. Die Ortsverbandsversammlungen wurden wieder regelmäßig einberufen, und es kann gesagt werden, daß sie vielfach einen besseren Besuch aufzuweisen hatten als in Friedenszeiten. Das kam daher, daß der Krieg den Ortsverbänden mancherlei Aufgaben zwies, die im Interesse der Mitglieder gelöst werden mußten und auch gelöst wurden. In einigen Orten, wo einzelne Ortsvereine besonders stark durch die Einberufung der Mitglieder gelitten hatten, mußte man sich dadurch zu helfen, daß man überhaupt nur Ortsverbandsversammlungen einberief. Dadurch wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl bedeutend gestärkt. „Wie es wohl auch anderwärts sein wird“, so heißt es beispielsweise in dem Bericht des Ortsverbandes Ansbach, „so sind auch hier gerade die führenden Kollegen zur Fahne einberufen. Desto enger schlossen sich die zurückgebliebenen Kollegen aneinander. Unser Vereinsleben erleidet keine Einbuße. Um unnötige Versammlungen zu vermeiden, halten wir kombinierte Versammlungen ab, und zwar in der Weise, daß wir allgem. Ortsverbandsversammlungen ohne eine bestimmte Tagesordnung einberufen. Die einzelnen Ortsvereinsvorstände bringen wichtige Fragen zur Sprache, worüber dann diskutiert wird. Wir haben damit sehr viel Anklage bei unsern Mitgliedern gefunden, und wir halten fest stand trotz heftiger Stürme.“ Das ist echter Gewerksvereinsgeist, der aus diesen Worten spricht. Mancher Ortsverband möge hieraus seine Lehren ziehen.

Leider finden sich in den Berichten auch, allfälligerweise nur vereinzelt, Klagen darüber, daß manche Ortsvereine Mitglieder einbußen hatten, weil man kein Verbandsblatt hatte für die durch die Hauptleitungen angeordneten Unterrichtsmaßnahmen. Diesem Mangel an Eifer kann aber steht die erfreuliche Tatsache gegenüber, daß an vielen Orten die Zurückgebliebenen alles aufboten, nicht

nur den Mitgliederbestand zu halten, sondern auch im Zusammenhang zu bleiben mit den im Felde stehenden Kollegen. Teils aus Vereinskassensmitteln, teils aus Sammlungen wurden Liebesgaben ins Feld gesandt. Auch für die Frauen und Kinder der eingezogenen Kollegen ist vielfach in überaus reichlicher Weise gesorgt worden. Ihrer Pflicht der Selbstsicherheit gegenüber haben die weitaus meisten Ortsverbände ebenfalls gewissenhaft genügt. Sie sind eingetreten für Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge und haben energische Schritte getan für die Regelung der Lebensmittelpreise. Hier und da hat man auch mit Erfolg für die Ausdehnung von Notstandsarbeiten gewirkt; die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften sind durch tätige Mitarbeit gefördert worden. In zahlreichen Kommissionen und Ausschüssen sind Gewerksvereiner mit Erfolge tätig.

Was die sonstigen Einwirkungen des Krieges betrifft, so wird erwähnt, daß der anfälligen Arbeitslosigkeit eine ungewöhnlich starke Beschäftigung folgte, weil viele Arbeiter für Kriegsbedarf arbeiten. Namentlich in den Städten machte sich bisweilen ein Mangel an Arbeitern bemerkbar.

In der ersten Hälfte des Jahres, als man an den Ausbruch eines Krieges noch nicht dachte, waren die Ortsverbände hauptsächlich in Anspruch genommen durch die Wahlen zu den Versicherungsämtern und den Oberversicherungsämtern. Aus den uns gemachten Mitteilungen geht hervor, daß wir bei den Versicherungsämtern erheblich besser abgeschnitten haben, als zu erwarten war. An manchen Orten sind außerordentlich gute Erfolge erzielt worden. Zahlreiche Gewerksvereinskollegen sind als Prüfer zu den Versicherungsämtern gewählt worden. Daneben üben an vielen Orten unsere Kollegen als Vertreter im Ausschuß der Landesversicherungsanstalten, als Stadtverordnete, als Gewerbegerichtsbeisitzer, als Schöffen und Geschworene eine erprobte Tätigkeit aus.

Das innere Leben hat, wie bereits angedeutet, durch den Krieg eine wesentliche Umwandlung erfahren. Trotzdem hat man die den Ortsverbänden obliegenden Aufgaben getreulich zu erfüllen sich bemüht. An vielen Orten ist versucht worden, neue Ortsvereine zu gründen. Leider hat der Krieg oftmals die getroffenen Vorbereitungen wieder zunichte gemacht. Vielleicht wäre noch dieser Richtung mehr erreicht worden, wenn nicht hier und da die Mitglieder alle Arbeiten dem Vorstand des Ortsverbandes allein überließen. Noch schlimmer ist es, wenn dann nachher, wenn nicht alles so klappt, wie zu wünschen wäre, Vorwürfe gegen den Vorstand wegen ungenügender Tätigkeit erhoben werden, und zwar oft gerade von denjenigen, die am wenigsten für die Verbreitung unserer Ideen tun. Das führt jedesmal zu unliebsamen Auseinandersetzungen und zu Differenzen, wie wir sie leider in einigen Ortsverbänden zu verzeichnen haben. Man sollte so etwas eigentlich nicht für möglich halten. Die Zeiten sind doch wahrlich so ernst, daß man alles Trennende berglassen und alles aufbieten muß, den Zusammenhalt und die innere Festigkeit zu stärken.

Einen schweren Schlag hat durch den Krieg unsere Jugendbewegung erlitten. Zahlreiche junge Freunde haben sich freiwillig zum Kriegsdienst gestellt. Mander von ihnen hat seine Vaterlandsliebe mit dem Leben bezahlt müssen. Ihnen ist ein dauerndes Andenken gewidert. Die Dabeingeblichen aber haben die Pflicht, die in unsere Reihen gerissenen Lücken wieder zu füllen. Es ist erfreulich, daß man sich dieser Pflicht an vielen Orten bewußt ist, freilich nicht überall. Aus einigen Städten aber wird die Mitteilungs macht, daß die Veranstellungen unserer Jugendorgani-

ation sich ein stärkeren Zuspruch erfreuten als in Friedenszeiten.

Auch von Diskutierclubs wird mehrfach in den Tätigkeitsberichten gesprochen. Ist es schon in Friedenszeiten schwierig, diese segensreichen Einrichtungen zu erhalten, so mußte der Krieg, der namentlich die jüngeren Leute fortgeführt hat, gerade auf diesem Gebiete manche aufblühende Schöpfung vernichten. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß, wo man einmal den Anknüpfungspunkt gemacht hat, man unter allen Umständen an den Zusammenkünften festhält, auch wenn noch so wenige Kollegen zukommen können. Nach dem Krieg hat man dann wenigstens einen Stamm von Kollegen, mit denen man den weiteren Ausbau vollziehen kann.

Unverständlich ist es, daß in diesen ersten Zeiten, in denen die Arbeiterorganisationen ein so schweres Dasein zu führen haben, die verschiedenen Richtungen sich hier und da gegenseitig noch Hindernisse in den Weg werfen. In mehreren Berichten wird über Quertreibereien der anderen gewerkschaftlichen Richtungen Klage geführt. Man sucht die Gründung von Ortsvereinen zu hindern, nur um die andere Organisation nicht aufkommen zu lassen. Das liegt zweifellos nicht im Interesse der Arbeiterkraft. Jeder Gewinn für die Organisation mußte auf allen Seiten freudig begrüßt werden.

Trotz vieler Klagen über die schweren Schläge, die der Krieg den Organisationen versetzt hat, klingt aus allen Berichten das Vertrauen auf eine bessere Zukunft heraus. Man hat den Wert der Organisation während des Krieges besonders schätzen gelernt, und überall ist man bereit von dem Wunsche, sie vorwärts zu bringen. Dazu ist es vor allen Dingen erforderlich, daß die Mitglieder fester als je zusammenhalten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß irgendwo ein Ortsverein aus irgend welchen kleinlichen Gründen den Ortsverband nicht angehöre ist. Wo derartiges noch der Fall ist, da muß unverzüglich Wandel geschaffen werden. Alle Ortsvereine an einem Orte gehören zum Ortsverbande. Gemeinshaftlich muß für die Verbreitung unserer Ideale gewirkt werden. Die Deutschen Gewerksvereine haben gerade in diesem Kriege deutlich gezeigt, wie richtig die Anschauungen sind, für die sie von jeher gekämpft haben. In ihnen findet jeder deutsche Arbeiter, der gewillt ist, an der Verbreitung seiner Lage zusammen mit seiner Berufskollegen zu arbeiten, Aufnahme, gleichviel wie er politisch denkt oder welches Glaubensbekenntnis er hat. Damit können wir den Weg für eine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung. Diesem Gedanken wird auch in dem Bericht aus dem Ortsverband Hamm Ausdruck gegeben. „Die bisherigen Erfolge der deutschen Waffen gegen eine Welt von Feinden“, so heißt es darin, „sind durch Zurückstellung der parteipolitischen und konfessionellen Gegensätze erreicht worden. Gleich gute Erfolge lassen sich bei dem Ringen um die Gleichberechtigung und die Befreiung des Arbeiterstandes erreichen, wenn die Arbeiter nach dem Kriege erkennen, daß parteipolitische und konfessionelle Scheidungen Ballast beim Streben um bessere Lebensbedingungen sind.“

Möge diese Erkenntnis sich mehr und mehr Bahn brechen in der deutschen Arbeiterkraft, möge aber auch vor allen Dingen bei in allen Berichten ausgesprochene Wunsch in Erfüllung gehen, daß wir bald einen siegreichen und Sicherheit gewährenden Frieden bekommen, in dem auch die deutsche Arbeiterbewegung sich erfolgreich weiter entwickeln kann.

# Generalversammlung der Kranken- und Begräbnis-Zusatz- kasse des Gewerbevereins der Maler und graphischen Verufe.

Am zweiten Osterfeiertag tagte in Berlin die 11. ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbnis-Zusatzkasse des Gewerbevereins der Maler und graphischen Verufe. Nach den im Jahre 1912 beschlossenen Satzungen war es die erste, welche nicht aus gewählten Abgeordneten, sondern nur aus Mitgliedern oder deren bevollmächtigten Vertretern bestand. Daß in den gegenwärtigen Zeiten die auswärtigen Mitglieder wenig Gebrauch davon machen würden, selbst zu kommen oder auf ihre Kosten Vertreter zu entsenden, war vorauszusetzen; immerhin waren Vertreter aus Leipzig und Halle erschienen, während die Augsburger Mitglieder sich durch einen Berliner Kollegen besonders vertreten ließen.

Der Vorsitzende, Stoll Müller, eröffnete die Generalversammlung mit Begrüßung der Anwesenden, namentlich der auswärtigen Kollegen und des Vertreters des Verbandes der Gewerbevereine, Stoll Klein-Berlin. Er wies auf die schwere Zeit hin, in der die Generalversammlung abgehalten werden muß, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die zu fassenden Beschlüsse Empfindliches für die Kasse geschaffen werden möge. Die Kollegen Verbirg und Göke übermittelten die Grüße und besten Wünsche der Mitglieder ihrer Orte, während Verbandskassierer Stoll Klein im Namen der Verbandsleitung die Versammlung begrüßte. Er sprach dabei den besonderen Wunsch aus, daß auch für die Kollegen, die heute im Felde stehen zur Verteidigung von Vaterland und Familie, die Beschlüsse der heutigen Generalversammlung von Nutzen sein mögen, damit sie bei ihrer hoffentlich baldigen Heimkehr die Kasse in geordneten Verhältnissen vorfinden.

Nach der üblichen Bureauwahl und Erledigung sonstiger Formalitäten wurde an die eigentlichen Beratungen eingetreten und zunächst der Bericht über den Stand der Kasse entgegengenommen. Aus dem gedruckt vorliegenden, an die Vertrauensmänner zur Bekanntgabe an die Mitglieder versandten Jahresberichten ist zu ersehen, daß die Ausgaben die Einnahmen in den letzten drei Jahren immer überstiegen haben. Eindeutlich der Kürzverluste ist das Kapitalvermögen von 58 609,96 M. Ende 1911 auf 45 467,16 M. Ende 1914, also um 13 142,80 M. zurückgegangen.

Die Aussprache hierüber war eine rein sachliche und verhältnismäßig kurz, denn es handelt sich in der Hauptsache darum, festzustellen, ob die vom Vorstand empfohlenen Maßnahmen ausreichen würden, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Kasse herzustellen.

Anträge lagen nur 9 vor, davon 5 vom Vorstand. Letztere wurden nach eingehender Aussprache sämtlich angenommen, bis auf einen Absatz, der die Wertzeit nach dem vollen Bezuge des Krankengeldes von 26 auf 52 Wochen erhöhen wollte. Hierfür war keine Mehrheit zu finden und es bleibt somit beim Alten.

Die Wahl des Vorstandes ging sehr glatt von statten. Der bisherige Vorstand und die Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt, die vorgeschlagenen Ersatzmänner für Vorstand und Revisoren wurden ebenfalls einstimmig gewählt.

Somit war die Generalversammlung am Ende ihrer Aufgaben angelangt. Der Vorsitzende Stoll Müller dankte den Teilnehmern für ihr lebhaftes Interesse und ernannte zu neuer freudiger Mitarbeit zum Wohle aller Mitglieder, worauf er die Versammlung schloß.

Die gefassten Beschlüsse werden als Nachtrag zu den Satzungen dem Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung zur Genehmigung eingereicht und nach Eingang der Genehmigung zu dem in der Satzung vorgegebenen Zeitpunkt in Kraft treten.

Jedenfalls muß anerkannt werden, daß die Interessen der Mitglieder nach jeder Richtung hin gesichert wurden. Die Kürzung des Krankengeldes um nur 5 Prozent, die Zahlung desselben erst vom 4. Tage ab und die Kürzung der Bezugszeit, das alles sind Maßnahmen, die den einzelnen durchaus nicht zu hart treffen, für den Stand der Kasse aber von großer Bedeutung sind. Nach den aufgestellten Berechnungen sind hierdurch an jährlichen Ersparnissen zu erwarten:

Durch die 5 Prozent Kürzung des Krankengeldes ca. 800 bis 900 M., durch Wegfall der ersten drei Tage ca. 1400 bis 1500 M., durch Kürzung der Bezugszeit ca. 150 bis 200 M., durch Wegfall der bezahlten Vertreter zur Generalversammlung ca. 300 M. Im Ganzen können ungefähr 3000 Mark gespart werden. Kommen hierzu noch

weitere Ersparnisse in der Verwaltung und solche durch eine noch stärkere Kontrolle, welche jeden Mißbrauch der Kasse ausschließt, so ist überdies das erreicht, was man allgemein beabsichtigt: die Kasse ist sichergestellt und kann erfolgreich weiterarbeiten zum Wohle der Mitglieder, ohne dieselben zu schwer zu belasten.

## Durchhalten! Weiterbauen!

Von Fedor Gustav Gottschalk.

Die jüngst ergangene Verordnung über die staatlichen Anläufe von Kartoffeln bedeutet einen Markstein in dem Aufbau der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen. Mit ihr kommt eine Entwicklung zum vorläufigen Abschluß, die mit der Ermächtigung zur Festsetzung von Höchstpreisen vom 4. August 1914 begann, und deren einzelne Etappen bezeichnet werden durch die nacheinander erfolgten Beschlagnahmen: der Wolle, des Brotgetreides, der Futtermittel, des Lebers, der Metallvorräte, die Einföhrung der Brotarten, Stichtstoffmonopol usw. Man erkennt, wenn man die volkswirtschaftliche Tragweite dieser Maßnahmen in ihrer Gesamtheit sich vergegenwärtigt, vor der ungeheuren Bedeutung dieser Leistung; vor der spielenden Leichtigkeit, mit welcher der Staatsorganismus, der in diesen Zeiten seine stärkste Belastung nach außen erfährt, zugleich im Innern ein derartig gewaltiges System gemeinschaftlicher Einrichtungen aufzubauen und vor allem in Gang zu halten verstand; ein System, dem wir es, darüber sind sich wohl alle Kreise jetzt einig, allein zu verdanken haben, daß wir mit ruhiger Bewußtheit dem weiteren Verlauf des Krieges entgegengehen können. Wohl sind alle Maßnahmen erst eingeführt worden nach jedesmaliger Ueberwindung mancher Schwierigkeiten. Würden doch durch jeden neuen Eingriff Lebensinteressen großer Gruppen des wirtschaftlichen Organismus aufs eindringendste getroffen. Auch auch das darf gesagt werden: Mit erfreulicher Einsicht haben sich auch die betroffenen Kreise den notwendigen Neuregelungen gefügt; der Wille des ganzen Volkes steht hinter diesen, im Umriss der wesentlich zur Vergrößerung ihrer Wirksamkeit beiträgt.

Können so alle Stände und Schichten des Volkes sich einen Anteil am Verdienste der Sicherung ihres wirtschaftlichen Durchhaltens anrechnen, so gilt dies in ganz besonderer Maße von den Konsumenten. Sie sind es gewesen, die durch ihre Vertretung den Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen immer von neuem den Ruf nach den staatlichen Maßnahmen wiederholten, welche schließlich zur Einföhrung gelangten, und die sich auch für die teilweise Beschlagnahme der Kartoffeln, wie sie jetzt erfolgte, mit aller Energie einsetzten haben. Noch in letzter Stunde hatte der Kriegsausgleich in Gemeinschaft mit wissenschaftlichen Autoritäten in einer Denkschrift diese Maßnahme gefordert. Spürten doch die Konsumenten am Ersten die steigenden Preise, standen sie doch den Gefahren am nächsten, die droht hätten, wenn nicht endlich durchgegriffen worden wäre. So darf denn der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen mit berechtigter Befriedigung auf einen ersten Abschnitt seiner Tätigkeit zurückblicken, einen Abschnitt, in dem es die Sicherung des Durchhaltens durch großzügige gesetzliche Maßnahmen zu erstreben galt.

Damit ist aber seine Tätigkeit nicht erfüllt, erst der Anfang ist gemacht! Nichts wäre falscher, als wenn die organisierte Konsumentenchaft sich nun auf die Bärenhaut legen und sich mit dem Gedanken beruhigen wollte: Brot und Kartoffeln sind gesichert, jetzt kann uns nichts mehr passieren. Nein, die Arbeit beginnt jetzt erst, indem sie sich erweitert. Und zwei große Hauptziele eröffnen sich da: Ausbau der Konsumentenorganisation selbst und die Arbeit am Ausbau der wirtschaftlichen Maßnahmen. Das Zweite wird durch das Erste bedingt: Denn wenn auch die ganz großen allgemeinen Probleme der wirtschaftlichen Sicherung noch nicht völlig erschöpft sind, so ist doch ein großer Teil der noch der Erledigung harrenden, sowie der neu auftauchenden Aufgaben mehr lokaler Natur, und dem entsprechend abhängig von der natürlichen Verschiedenheit der Lebensbedingungen und Gewohnheiten, sowie von der Bevölkerung der einzelnen Orte und Landesteile. Worin diese Aufgaben bestehen, soll unten gestreift werden; indesfalls ist schon aus dem Gesagten ersichtlich, daß derartige lokale Fragen zweckmäßig nicht von einer Zentrale allein, wie sie der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen in Berlin ist, behandelt werden können. Diejem Gedanken folgend, hat der K. A. f. K. bereits von vornherein Wert gelegt auf die

Bildung von Bezirksausschüssen, den Verhältnissen des Krieges entsprechend besonders am Siege von Generalkommandos, und es haben sich auch inzwischen bereits 19 solcher Bezirksausschüsse gebildet. Diesen Bezirksausschüssen wiederum haben sich an den Hauptorten der betreffenden Bezirke Ortsausschüsse angegliedert. Hier wird die weitere Organisationsarbeit ein dankbares Feld finden. Besonders den lokalen Zweigorganisations der dem einzelnen B. A. oder der Zentrale angegliederten Verbände wird es ein Leichtes sein, solche Bezirks- und Ortsausschüsse ins Leben zu rufen.

Die sachlichen Aufgaben dieser Bezirks- und Ortsausschüsse hat der Kriegsausgleich Essen kürzlich in einer Veröffentlichung treffend bezeichnet in folgender Zusammenfassung:

1. Zusammenfassung möglichst vieler Organisationen und Institute, die soziale und wirtschaftliche Zwecke verfolgen, zu einheitlichem Vorgehen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung für die Bevölkerung.
2. Heranziehen von Einzelpersonen die auf dem Gebiete der Statistik des Ernährungswezens, der Volkswirtschaft oder in anderen in Betracht kommenden Fächern Erfahrung besitzen zur Mitarbeit.
3. Schaffung einer möglichst innigen Verbindung mit staatlichen und kommunalen Körperschaften zum Zwecke gemeinschaftlichen Vorgehens:
  - a) durch Eingaben und ständigen Meinungsaustausch über alle Fragen, welche die Bürger als Konsumenten berühren;
  - b) durch geeignete Vertretung des Konsumentenaußschusses in den städtischen Nahrungsmittelkommissionen und bei sonstigen Verhandlungen der Behörden, soweit sie die Nahrungsmittelversorgung und das Aufklärungswezen der Bevölkerung betreffen;
  - c) durch tatkräftige Förderung aller im Interesse der Konsumenten von Reich, Staat und Gemeinden beschlossenen Maßnahmen.
4. Sammlung von Material über Vorfälle, die sich als unberechtigte Ueberverteilung der Nahrungsmittel sowie der Gemeinden, des Staates und des Reiches als Verbraucher und Verwalter von Gütern, namentlich Nahrungsmittel charakterisieren.
5. Aufklärung der Öffentlichkeit über Ernährungsfragen, unbegrenzte Preisbewegung und Mißstände durch die Presse.
6. Abhaltung belehrender Vorträge über Nahrungsmittelversorgung und Ernährungswezen.
7. Prüfung und Vertretung von Wünschen, Forderungen und Beschwerden der Konsumenten bei den Generalkommandos.
8. Stellungnahme gegen unberechtigte Kürzung von Einnahmen und Gehältern.
9. Mitarbeit in der Mieterfrage zwecks Herbeiföhrung eines erträglichen Ausgleichs zwischen den Bedürfnissen der Mieter und Hausbesitzer.

Wichtig allerdings ist hierbei, daß in allem der Zusammenhang mit der Zentrale gewahrt bleibt, damit eine sachliche Zersplitterung sowie Widersprüche vermieden werden, und ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist.

So ist der Aufgabenkreis der organisierten Konsumentenchaft nicht enger geworden durch die Regierungsmassnahmen, er hat im Gegenteil eine erfreuliche Ausdehnung gewonnen, eine Ausdehnung, die uns berechtigt, zu unserem alten Auftrage: „Durchhalten! den zweiten hinzuzufügen: „Weiterbauen!“

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. April 1915.

**Kürzungen für Kriegserwitwen und Kriegserwaisen.** Einberufen vom Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, fand vergangene Woche im Sitzungssaale des Reichstages eine von zahlreichen Organisationen und Behörden besuchte Tagung statt, die sich mit der Fürsorge für die Hinterbliebenen gefallener Krieger eingehend beschäftigte. Professor Plumf, Frankfurt am Main, und Dr. Alice Salomon, Berlin, erläuterten die Aufgaben und Träger der Hinterbliebenenfürsorge. Prälat Werthmann, Freiburg, und Amtsgerichtsrat Dr. Köhne, Berlin, behandelten die Fürsorge für die Kriegserwaisen, Frau Levy-Rathenau, Berlin, Fräulein Dransfeld, Berl., Dr. Wychgram, Lübeck, Fräulein Ganna, Berlin, und Dr. Hoffmeister, Königsberg, die Fürsorge für die Kriegserwitwen. Fräulein Müller-Sannover sprach über B-

ruj und Z. Schlußwort die aus de Beirrechnung men. Zu Verträge an 1. Den der geüblich 2. Diese fassung der vom Staate zubeziehen. 3. Als Organ der gabe es sein vermeiden. 4. Die mit dem Reorganisation a Witten und 5. Der Ausschuss ist eingelebt, sic den Organisationsgebenden sta Bemerk mehrere Be reich-Lugari für die Bef. tisch-öster druck verliel und -wollen sach von Bei die ausgiepi nädigung fi

Die Vor sorge für di im Erfurter Landesversie an der Krieg Vertreter für anhalten an gende Entsch 1. Die b berufen und fürföhr im beteilig der ärztliche auch auf eufberatung, lung usw. 2. Die sind der Auf der auch do des Eintritts überden beste halten auf e idon vor d ten aus dem Klärung der der Mi li ideinen. 3. Der j dem preislich lage Mißstin mit ertiden. Mitarbeiterverwal tsicherung für recht.

Die Vef der Kriegsge it in m i g e. Abschlus vor tzung erfolgt Bezirken die nicht für erf Der am des preislich Dr. S a u s t Erklärungen reit, in die Grundlage di

denzschluß, während der in einem Auffass ichrei Der kri reitorm zum nicht plöblich lutzichtigen es scheint, die id läuter, die id leitens" Adologi zusammengefaßt iproden. Die ein Gegen für Nation, hütten innerhalb un Schranken ge lichen? Sätt vom landwirtsch wir als eing

rui und Familie", und in einem ausführlichen Schlusswort fasste Prof. Klumker noch einmal die aus den Beszraten und der sehr gründlichen Besprechung sich ergebenden Forderungen zusammen. Zu ihrer Durchführung wurden folgende Leitätze angenommen:

1. Den Krieger-Witwen und -Waisen ist neben der gezielten Rente eine soziale Fürsorge zu leisten.
2. Diese Fürsorge ist unter tüchtlicher Zusammenfassung der bestehenden Organisationen durch eine vom Staate geleitete Stelle auf das ganze Reich auszu dehnen.
3. Als örtliche Vertretung dieser Fürsorge ist ein Organ der Gemeindeverwaltung geeignet, dessen Aufgabe es sein wird, die Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden.
4. Die Tagung beauftragt einen Arbeitsausschuss mit dem Rechte, die einleitenden Schritte zu einer Organisation aller sozialen Maßnahmen für die Krieger-Witwen und -Waisen zu tun.
5. Der für die gegenwärtige Tagung eingesetzte Ausschuss wird als Arbeitsausschuss mit dem Auftrage eingesetzt, sich möglichst aus allen in Betracht kommenden Organisationen zu ergänzen und sich mit den maßgebenden staatlichen Behörden in Verbindung zu setzen. Bemerkenswert ist, daß in der Aussprache auch mehrere Vertreter aus dem verbindlichen Oesterreich-Ungarn das Wort ergriffen, ihrer Sympathie für die Bestrebungen und ihrer Freude über die deutsch-österreichisch-ungarische Verbrüderung Ausdruck verliehen. Im Interesse der Kriegerwitwen und -Waisen hoffen wir, daß, wie dies auch mehrfach von Vertretern der Behörden berichtet wurde, die ausgesprochenen Wünsche weitestgehende Berücksichtigung finden.

**Die Landesversicherungsanstalten und die Fürsorge für die Kriegswunden.** Am 9. April fand im Erfurter Rathaus eine Konferenz der deutschen Landesversicherungsanstalten über ihre Beteiligung an der Kriegsschadigtenfürsorge statt. Es waren Vertreter sämtlicher deutschen Landesversicherungsanstalten anwesend. Die Konferenz nahm nachfolgende Entschlüsse an:

1. Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind berufen und gewillt, sich an der Kriegsschadigtenfürsorge im größtmöglichen Umfange zu beteiligen, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der ärztlichen Fürsorge (Heilverfahren), sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete (Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung usw.).
2. Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind der Ansicht, daß ihr eigenes Interesse, das in der durch volkswirtschaftlich notwendigen Verhütung des Eintritts dauernder Erwerbsunfähigkeit der Versicherten besteht, das Eintreten der Versicherungsanstalten auf ärztlichem und wirtschaftlichem Gebiete schon vor der Entlassung der Kriegsschadigten aus dem Heeresdienste fordert, und daß zur Klärung der Zuständigkeitsfragen Abkommen mit der Militärverwaltung zweckmäßig erscheinen.
3. Der händige Ausschuss wird beauftragt, mit dem preussischen Kriegsministerium über die Grundzüge (Richtlinien) von Abkommen zu verhandeln, die mit örtlichen, eventuell provinziellen Organen der Militärverwaltung abzuschießen sind und deren Abwicklung sämtlichen Landesversicherungsanstalten freiliegt.

Die Abschlusssitzung über die Beteiligung an der Kriegsschadigtenfürsorge war eine einflussreiche. Die Annahme der Leitätze über den Abschluss von Abkommen mit der Militärverwaltung erfolgte gegen einige Stimmen, weil in den Bezirken dieser Anstalten ein solches Abkommen nicht für erforderlich gehalten wurde. Der anwesende Chef der Medizinalabteilung des preussischen Kriegsministeriums, Generalarzt Dr. Schulken, gab überaus entgegenkommende Erklärungen ab, insbesondere erklärte er sich bereit, in die gewünschten Verhandlungen über die Grundlage von Abkommen einzutreten.

**Eine Forderung der Sozialpolitik nach Kriegsende.** Erwartet die „Soz. Prax.“ nach dem während der Kriegszeit gemachten Erfahrungen. In einem „Krieg und Sozialreform“ berietelten Aufsatz schreibt die angegebene Wochenchrift:

„Der Krieg hat die Stimmen gegen die Sozialreform zum Schweigen gebracht. Ihre Gegner sind nicht plötzlich alle bekehrt, am wenigsten soweit sie kurzfristigen Interessenkreisen angehören. Aber es scheint, als sei der unbeteiligte Haufe der Militärs, die sich von einer unklar empfundenen Persönlichkeits-„Neologie“ hatten beeinflussen lassen, wesentlich zurückgeschritten. Zu bereit hat der Krieg gesprochen. Die gemeinnützige Regelung der Arbeit ist ein Segen für die Gesamtheit. Wo wäre heute unsere Nation, hätten wir der persönlichen Machtentwicklung Schranken unserer Industrie nicht die notwendigen Schranken gesetzt, um uns ein gesundes Volk zu liefern? Wären wir überhaupt auf die Umwälzung vom landwirtschaftlichen zum industriellen Staate, die wir als einziger der kriegführenden Großstaaten

Europas in den letzten Jahrzehnten in unserem jungen Reiche verarbeitet hätten, übersehen können ohne die goldene und jetzt so glorreich bewährte Sozialpolitik?

Die Sozialreformer haben ihre Forderungen stets überderrt um des Staates willen vertreten. Wo sie wirkten, im engsten wie im weitesten Kreise, haben sie den Staatsgedanken vortangestellt. Sie kämpften für soziale Gerechtigkeit als eine ernste Staatsnotwendigkeit, für Gleichheit der sozialen Auslegung, um dem Staat innerlich zu einigen. Sie traten für Gleichberechtigung der deutschen Arbeiterklasse ein, um dem Staate die Kraftfülle, die in dieser liegt, zuzuführen.

Nun hat der Krieg den Staatsgedanken in vielen Köpfen und Herzen lebendig werden lassen, denen im Frieden das brennende Gefühl der Mitverantwortung am Staatswesen abgegangen war. Das Bewußtsein, sich als dienendes Glied dem Staatsganzen unterordnen zu müssen, hat große Kraft gewonnen; das Ideal einer Orientierung auf Kosten unterdrückter Massen hat sich als klein, die Masse selbst, das ausgehulte und intelligente deutsche Volk, als groß erwiesen.

Aus dieser Erneuerung des staatsbürgerlichen Pflichtgeföhls kann eine Wiebergeburt des sozialpolitischen Interesses herorgehen. Wir hoffen, daß sich die Gebildeten wieder mehr der sozialen Frage zuwenden werden. Wir können den Einfluss der unbeteiligten Desterreich, die vor allem die großen Ziele sehen, gegenüber der Kleinarbeit der Interessenten und Sachleute auch in der Sozialpolitik nicht entbehren.“

Es wird weiter auf eine von Dr. Ludwig Seyde verfasste und im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschienene Schrift „Der Krieg und der Individualismus“ hingewiesen, die zu denselben Schlussfolgerungen gelangt wie die „Soz. Prax.“ Wir können nur wünschen, daß die oben genannten Erwartungen sich in reichstem Maße erfüllen.

**Unverbesserlich!** Während der Burgfriede erfreulicherweise von allen Parteien sorgfältig gewahrt wird, hat es sich der bekannte Geheimrat Stirck nicht verhehlen können, auf der Generalversammlung der Selbstständigen Bergwerksgehilfschaft gegen die Organisation der Arbeiter und ihre Führer einen ganz unbedingten Vorstoß zu unternehmen. Er erhob nämlich heftige Vorwürfe gegen den Staatssekretär des Reichsamts des Innern und den preussischen Handelsminister, weil diese mehrfach mit Vertretern der Arbeiterorganisationen Verhandlungen gepflogen haben. Nach dem Bericht in der dem Herrn Geheimrat Stirck nächstehenden „Post“ hat der Herr Generaldirektor ausgeführt:

„Die Reichsregierung und insbesondere der zuständige preussische Minister für Handel und Gewerbe haben es für zweckmäßig erachtet, mit den Vertretern der Arbeitergewerkschaften in Verhandlungen zu nehmen, um einer jeden Störung der Arbeit vorzubeugen. Der Minister sei auch schon in Verhandlungen mit den Arbeitern eingetreten und habe auch die Arbeitgeber aufgefordert, daran teilzunehmen. Diese haben es aber abgelehnt, weil sie ein derartiges Vorgehen für bedenklich halten, denn man müsse nicht aus den Augen verlieren, daß die Verhandlungen leicht auch eine der gewollten entgegengesetzte Wirkung haben könnten. Es sei naturgemäß, daß die Führer der Arbeiter sich in ihrer Stellung innerhalb der Gewerkschaft stärken wollen. Wenn nun diese ihre Bestrebungen bei dem übergroßen Vaterlandsgefühl unter der Arbeitererschaft kein Ergebnis haben, so werden sie womöglich durch diese beständig geführten Verhandlungen dazu getrieben, Unzufriedenheit unter den sonst ruhigen Arbeitern zu erregen.“

Neben dem Vorwurf gegen den Handelsminister wird hier den Führern der Arbeiterorganisationen verstreut unterzudeuten, daß sie sich bei den Verhandlungen mit den Ministern leiten lassen von dem Gedanken, lediglich ihr Ansehen zu stärken, um dies gegebenenfalls wieder zu mißbrauchen, um Unzufriedenheit unter der Arbeitererschaft zu selen. Wir halten es für unter unserer Würde, gegen diese Unterstellung etwas zu erwidern. Herr Stirck ist durch seinen Satz gegen die Arbeiterorganisationen so verblendet, daß er offenbar alles übersehen, was die Organisationen und ihre Führer während der Kriegszeit anerkannt haben für das Vaterland getan haben. Das wird diese nicht abhalten, auch weiterhin ihre Pflichten zu erfüllen. Hoffentlich aber lassen sich die angegriffenen Staatsmänner durch die Scharfmachereien des Herrn Stirck ebensowenig in ihrer Haltung beeinflussen!

**Soziale Zustände in England.** Vor einiger Zeit schilderten wir, wie die englischen Unternehmer bemüht sind, an Stelle von männlichen erwachsenen Arbeitern Kinder und namentlich Frauen zur Arbeit heranzuziehen. Zweck ist Herabsetzung der Löhne und Steigerung des eigenen Profits, die Folge eine starke Cürung in der Arbeiter-

schaft, die in zahlreichen Streiks zum Ausbruch gekommen ist. Ueber die gleiche Behandlung führen aber auch die im englischen Handelsgewerbe beschäftigten Angestellten Klage. In Manchester wurde kürzlich, wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, die Jahresversammlung der Nationalen Union der Handlungsgehilfen, Warenhausangestellten und Kommis abgehalten. Dreihundert Delegierte wohnten der Besprechung bei, in der der Verbandspräsident S. Sutton sehr wenig erfreuliche Aufschlüsse über die durch den Krieg geschaffene Lage zu geben wußte. Er führte aus, daß die Stellung dieser Angestelltenkategorien in erschwerender Weise untergraben worden sei, und daß die Mitglieder der Vereinigung auf der Gut davor sein müßten, ihre patriotischen Geföhle von gewissenlosen Ausbeutern mißbrauchen zu lassen. Etwa 8000 Mitglieder der Union seien in die Arme eingetreten; in manchen Distrikten hätten so viele ihrer aktiven Mitglieder sich anwerben lassen, daß die Fortführung der Arbeit in gewissen Geschäftszweigen auf große Schwierigkeiten stoße. Was aber sei der Lohn für diesen patriotischen Opfermut? Trotz eines erhöhten Umfasses hätten in dieser Zeit großer Teuerung die Arbeitgeber ihren Angestellten zugemutet, sich erhebliche Lohnverminderungen gefallen zu lassen. Die Mitglieder der Union seien von einem starken Andrang nichtorganisierter, billiger Arbeitskräfte bedroht, deren Konkurrenz durch eine besondere Taktik der Arbeitgeber verhärtet würde, welche den Ertrag geschulter männlicher Arbeitskräfte durch ungehulste weibliche Arbeiter anstrebe. Man habe ersaunlicherweise an die Leiter der Union die Zusage gestellt, diese Bewegung nach Kräften zu fördern. Die Union hätte nicht erwartet, daß man die Ziele ihrer Vereinigung so sehr verkennen könnte, um sie zur Unterstützung eines so unannehmbaren Vorschlages zu veranlassen. Es müsse sehr nachdrücklich dagegen protestiert werden, daß man den Krieg zum Vorwand nehme, männliche Arbeitskräfte durch weibliche zu ersetzen, ohne Garantie dafür zu leisten, daß dies nur für die Dauer des Krieges gelte, und daß vor allem den Frauen ebenso hohe Löhne bezahlt werden wie den Männern. — Ein anderer Redner meinte, daß nach dem Kriege sich Probleme ergeben würden, an denen gemeinen alle früheren Schwierigkeiten geringfügig erscheinen dürften. Ein starker Andrang weiblicher Arbeitskräfte habe die Löhne bereits erheblich herabgedrückt. Die Verammlung nahm am Schlusse eine Resolution an, in der die Handlungsweise der oben genannten Arbeitgeber aufs schärfste verurteilt wurde.

**Zwangsbefestigung von Bauland in Oesterreich.** Wie der „Soz. Prax.“ aus Wien geschrieben wird, hat das österreichische Ackerbauministerium am 7. März eine Verordnung herausgegeben, die unter den vielen staatssozialistischen Maßregeln der Kriegszeit besondere Beachtung verdient. Diese Verordnung zur Bebanung unbepflanzter Grundstücke geht aber viel weiter als die reichsdeutschen Anregungen; sie trägt den Eigentümern solcher Grundstücke auf, sie bis längstens 15. April mit Gemüsen oder Kartoffeln, je nach Eigenart des Bodens, zu bepflanzen; kommt der Eigentümer diesem Auftrag aus welchem Grunde immer nicht nach (es sei denn, daß er glaubwürdig dort, daß das Grundstück im Laufe des Jahres verbaut werden wird), so verliert er für das Jahr 1915 das Nutzungsrecht, und die zuständige Gemeinde tritt an seine Stelle. Sie ist dann verpflichtet, das Grundstück zu bebauen, was sie aber unter entsprechender Sicherstellung durch einen verlässlichen Ortsinhaber beorgen kann. Gut erdachte Durchführung- und Strafbestimmungen stellen die Ausführung der Anordnungen sicher. Der Unterschied zwischen der Berliner Vorsehrung und der Verordnung des österreichischen Ministeriums ist augenfällig. Dort eine gemeinnützige-Einrichtung, die sich im wesentlichen auf die freiwillige Mitwirkung sowohl der Eigentümer wie der Bauher stützt; in Oesterreich eine auf den ganzen Staat erstreckte Zwangseinrichtung. Was an der Maßregel der österreichischen Regierung besonders auffällt, das ist ihr ausgesprochenes Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß die freie Verfügung über das Eigentum und seine Benützung ihre Grenzen an den Anforderungen des öffentlichen Wohles finden. Gerade in bezug auf den Grund und Boden ist man bisher solchen Unterwerfungen ängstlich ausgewichen. Der Grundeigentümer, der ja namentlich in den Städten vielfach ein Grundspekulant ist, kann mit seinem Eigentum idalten und walten, wie er will, und insbesondere hindert ihn keine Rücksicht auf das

